

Emissionsbedingungen

Schuldverschreibung/Anleihe 8Energies Wehr GmbH
Angebotskennung: 7245004TQQPAFPS6G78200010269
ISIN: DE000A460E13

§ 1 Allgemeines, qualifizierter Rangrücktritt mit zeitlich unbegrenzter vorinsolvenzlicher Durchsetzungssperre gegenüber Forderungen des vorrangigen Gläubigers

1. Die von der 8Energies Wehr GmbH mit Sitz in Deutschland („**Projektträger**“) begebenen Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1.220.000 Euro sind eingeteilt in bis zu 4.880 untereinander gleichberechtigte, auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen mit einem Nennbetrag von je 250 Euro („**Teilschuldverschreibung**“, „**Teilschuldverschreibungen**“, „**Schuldverschreibung**“ oder „**Schuldverschreibungen**“). Die Teilschuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte und nicht besicherte Verbindlichkeiten des Projektträgers, die im gleichen Rang untereinander und qualifiziert nachrangig zu jeder gegenwärtigen oder zukünftigen Fremdfinanzierung durch eine Bank („**vorrangiger Gläubiger**“) sind. Dies bedeutet unter anderem, dass die Teilschuldverschreibungen qualifiziert nachrangig sind gegenüber allen Ansprüchen des vorrangigen Gläubigers gegen den Projektträger in Bezug auf eine dem Projektträger gewährte oder zu gewährende Fremdfinanzierung und dass eine zeitlich unbegrenzte vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre wie folgt in Bezug auf die Forderungen des vorrangigen Gläubiger Anwendung findet: **Die Anleihegläubiger verpflichten sich, ihre qualifiziert nachrangigen Forderungen solange und soweit nicht geltend zu machen, wie die Befriedigung dieser Forderungen einen Grund für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Projektträgers herbeiführen würde, also zu einer Zahlungsunfähigkeit des Projektträgers im Sinne von § 17 Insolvenzordnung oder einer Überschuldung des Projektträgers im Sinne von § 19 Insolvenzordnung (in ihrer im jeweiligen Zeitpunkt geltenden Fassung) führen würde (Solvenzvorbehalt).** Die vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre sowie der vereinbarte qualifizierte Rangrücktritt kann zu einer dauerhaften Nichterfüllung der Ansprüche der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen führen. Erholt sich die schlechte Liquiditäts- bzw. Verschuldungssituation des Projektträgers nicht, sind die Anleihegläubiger gegebenenfalls zeitlich unbegrenzt an der Geltendmachung ihrer Ansprüche gehindert, was einen **Totalverlust des eingesetzten Kapitals bedeutet**. Darüber hinaus treten die Anleihegläubiger in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers sowie für den Fall der Durchführung eines Liquidationsverfahrens hiermit gemäß §§ 19 Abs. 2, 39 Abs. 2 Insolvenzordnung hinsichtlich sämtlicher gegenwärtiger und zukünftiger Ansprüche der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen – einschließlich der Ansprüche auf Rückzahlung des gezeichneten Kapitals – („**Nachrangforderungen**“) im Rang hinter sämtlichen in § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 Insolvenzordnung bezeichneten Ansprüchen und Forderungen des vorrangigen Gläubigers des Projektträgers zurück. Forderungen aus Gesellschafterdarlehen und etwaige Forderungen von Gesellschaftern des Projektträgers im Zusammenhang mit von diesen gehaltenem Eigenkapital am Projektträger sind nachrangig im Verhältnis zu den Schuldverschreibungen und qualifiziert nachrangig gegenüber den Forderungen des vorrangigen Gläubigers. Darüber hinaus sind die Zahlungsansprüche der 8Energies GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 263893 B, auf Zahlung einer jährlichen Vermögensverwaltungsgebühr in Höhe von mindestens 40.000 Euro gegenüber den Schuldverschreibungen nachrangig und qualifiziert nachrangig gegenüber den Forderungen des vorrangigen Gläubigers. Die zeitlich unbegrenzte vorinsolvenzliche Durchsetzungssperre gilt auch für den Fall, dass die Befriedigung der einzelnen qualifiziert nachrangigen Forderungen bei Fälligkeit für sich genommen zwar keinen Insolvenzgrund herbeiführen würde, aber die Zahlung an sämtliche qualifiziert nachrangigen Gläubiger einen Insolvenzgrund herbeiführen würde. Der Ausgabebetrag je Teilschuldverschreibung beträgt 100 %.
2. Die Anleihegläubiger tragen ein unternehmerisches Verlustrisiko, ohne dass diesen zugleich Informations- und Mitwirkungsrechte eingeräumt werden, die diesen einen Einfluss auf verlustbringende Geschäftstätigkeiten ermöglichen würden. Die Anleihegläubiger tragen ein unternehmerisches Geschäftsrisiko, das über das ohnehin bestehende allgemeine Insolvenzausfallrisiko hinausgeht. Im Falle einer Zahlung des Projektträgers, die gegen ein Zahlungsverbot verstößt, ist der Projektträger berechtigt, vom Zahlungsempfänger die Rückzahlung des erhaltenen Betrags zu verlangen und gerichtlich geltend zu machen. Der Anleihegläubiger erklärt durch die vorstehenden Regelungen keinen Verzicht auf seine Ansprüche aus den Schuldverschreibungen.
3. Die Schuldverschreibungen werden als elektronische Wertpapiere („**E-Wertpapier/e**“) in Einzeleintragung begeben und in einem elektronischen Wertpapierregister („**E-Wertpapierregister**“) gemäß § 16 des deutschen Gesetzes über elektronische Wertpapiere (eWpG) eingetragen. „**E-Wertpapierregister**“ bezeichnet ein Aufzeichnungssystem, in dem die Inhaber eines E-Wertpapiers geführt werden. Daten im E-Wertpapierregister werden in der Zeitfolge protokolliert und gegen unbefugte Löschung sowie nachträgliche Veränderung geschützt gespeichert. „**E-Wertpapier**“ bezeichnet ein Wertpapier, dass begeben wird, indem der Projektträger an Stelle der Ausstellung einer Wertpapierurkunde eine Eintragung in ein E-Wertpapierregister bewirkt.

4. Die Begebung der Schuldverschreibungen erfolgt dadurch, dass der Projektträger eine Eintragung in das E-Wertpapierregister bewirkt, das durch die Registerführende Stelle geführt wird. „**Registerführende Stelle**“ ist, wer von dem Projektträger gegenüber dem Anleihegläubiger (nachfolgend auch „**Anleger**“) als solche benannt wird. Als Registerführende Stelle ist die Smart Registry GmbH, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Berlin unter der Registernummer HRB 234468 B, von dem Projektträger bestellt. Der Projektträger trifft – mit Unterstützung der Registerführenden Stelle - die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, um die Integrität und die Authentizität der E-Wertpapiere für die gesamte Dauer, für die das E-Wertpapier im E-Wertpapierregister eingetragen ist, zu gewährleisten. Der Projektträger ist berechtigt, die Registerführende Stelle durch eine andere Stelle zu ersetzen, die über eine Zulassung zur E-Wertpapierregisterführung gemäß § 16 eWpG verfügt.
5. Es werden weder eine Globalurkunde noch Einzelurkunden über die Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Ausgabe effektiver Schuldverschreibungen und Zinsscheine ist ausgeschlossen.
6. Die Verwahrung der Schuldverschreibungen übernimmt jeder Anleihegläubiger in einem digitalen Schließfach selbst. Die entsprechende Verwahrungsdiensleistungen werden von der Tangany GmbH, Briener Str. 53, 80333 München, Deutschland, kostenlos erbracht. „**Digitales Schließfach**“ ist eine IT-Anwendung, die verwendet wird, um Public Keys und Private Keys zu speichern und mit der Technologie zu interagieren, deren Funktionalitäten es ermöglichen, E-Wertpapiere zu halten und zu übertragen.

§ 2 Verzinsung

1. Die Teilschuldverschreibungen werden ab dem 01.01.2026 („**Laufzeitbeginn**“) für die gesamte Laufzeit mit einem festen Zinssatz in Höhe von **8 % (Prozent) p.a.** (bezogen auf ihren jeweiligen Nennbetrag) verzinst („**Zinssatz**“ oder „**Zinsen**“). Die Zinsen werden als Geldüberweisung („**Geldzins**“) geleistet.
2. Die Zinsen sind erstmalig am 30.03.2026 in auf die Zinsperiode bis zum 29.03.2026 anfallender anteiliger Höhe und ab dem 30.03.2026 jeweils nachträglich vierteljährlich (also zum 30.03., 30.06., 30.09. und 30.12. eines jeden Jahres während der Laufzeit) fällig. Die Zinsberechnung für alle fällig werdenden Zinszahlungen erfolgt auf Basis von 30/360.
3. Die Zahlung des Geldzinses erfolgt derart, dass der Projektträger gegenüber dem jeweiligen Anleger leistet, wobei die von dem Projektträger geschuldete Zinszahlung über das bei dem Zahlungsdienstleister seitens des Projektträgers geführte Treuhandkonto, auf das der Projektträger Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleger - entsprechend der Höhe der dem Anleger gegenüber dem Projektträger zustehenden Ansprüche auf Zinszahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Projektträger geleisteten Zinszahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.
4. Der Projektträger übernimmt die Funktion als Berechnungsstelle (die „**Berechnungsstelle**“). Die Berechnungsstelle ist von den Beschränkungen des § 181 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs befreit.
5. Als Zahlstelle über welche die Zahlungen der Anleger mit schuldbefreiender Wirkung erfolgen, sowie für Zins- und Rückzahlungen, fungieren ausschließlich in der Europäischen Union zugelassene Zahlungsdienstleister („**Zahlstelle**“ oder „**Zahlungsdienstleister**“).

§ 3 Laufzeit, Rückzahlung, Rückerwerb, Verpflichtungen während der Laufzeit, Verwendungszweck

1. Die Laufzeit der Teilschuldverschreibung endet am 30.12.2031.
2. Der Zeitraum vom Laufzeitbeginn bis zum 30.06.2027 ist tilgungsfrei. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt somit nach Ablauf des 30.06.2027 zum nächsten Zinstermin, also am 30.09.2027. Die erste Tilgungszahlung, die am 30.09.2027 fällig wird, und die zweite Tilgungszahlung, die am 30.12.2027 fällig wird, belaufen sich jeweils auf 206.111 Euro. Zudem wird am Ende der Laufzeit ein Pauschalbetrag in Höhe von 120.000 Euro zurückgezahlt. Nach Ablauf des 30.12.2027 wird der verbleibende Kapitalbetrag der Teilschuldverschreibungen nach Abzug der ersten und zweiten Tilgungszahlung in Höhe von jeweils 206.111 Euro, also in Höhe von insgesamt 412.222 Euro, und der endfälligen Tilgung in Höhe des Pauschalbetrages von 120.000 Euro zum nächsten Zinstermin, jeweils anhand der Höhe nach gleichbleibender Tilgungszahlungen in Form von Kapitalraten zurückgezahlt, deren Turnus dem unter § 2 Ziffer 2 festgelegten Turnus entspricht, erstmals am 30.03.2028. Somit setzt sich die letzte, am 30.12.2031 fällige Tilgungszahlung aus der letzten der vorgenannten gleichbleibenden Tilgungszahlungen in Form von Kapitalraten und der endfälligen Tilgung in Höhe von 120.000 Euro zusammen.
3. Die Rückzahlung der Teilschuldverschreibungen erfolgt derart, dass der Projektträger gegenüber dem jeweiligen Anleihegläubiger leistet, wobei die von dem Projektträger geschuldete Rückzahlung über das bei dem

Zahlungsdienstleister seitens des Projekträgers geführte Treuhandkonto, auf das der Projekträger Zins und Tilgung zu überweisen hat, erfolgt. Von dem Treuhandkonto werden eingegangene Zahlungen von dem Zahlungsdienstleister anteilig an die Anleihegläubiger - entsprechend der Höhe der dem Anleihegläubiger gegenüber dem Projekträger zustehenden Ansprüche auf Rückzahlung - weitergeleitet. Zur Weiterleitung der von dem Projekträger geleisteten Rückzahlungen durch den Zahlungsdienstleister an den jeweiligen Anleihegläubiger werden 10 Kalendertage benötigt. Der vorbenannte Zeitraum von 10 Kalendertagen wird bei der Verzinsung nicht berücksichtigt.

4. Der Projekträger und/oder ein mit ihm verbundenes Unternehmen ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen am Markt oder auf andere Weise zu erwerben. Die zurückerworbenen Schuldverschreibungen können gehalten, entwertet oder wieder verkauft werden.
5. Der Projekträger wird sicherstellen, dass die Solvabilitätsquote während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen jederzeit mindestens vierzehn Prozent (14 %) beträgt. Für die Zwecke dieser Vereinbarung bezeichnet „Solvabilitätsquote“ das Verhältnis (ausgedrückt in Prozent) von: (a) Eigenkapital und/oder Gesellschafterdarlehen (d. h. dem Kapital, das gegenüber den Schuldverschreibungen nachrangig ist) zu (b) Gesamtvermögen.
6. Solange die erste Tilgungszahlung der Schuldverschreibungen gemäß § 3 Nummer 2 nicht erfolgt ist, wird der Projekträger keine Dividenden zahlen oder andere Ausschüttungen vornehmen, wie z.B. die Rückzahlung von Agio oder den Rückkauf von Anteilen des Projekträgers, weder in bar noch in anderer Form, und nach Ablauf der ersten 24 Monate der Laufzeit der Schuldverschreibungen nur dann, wenn der Schuldendienstdeckungsgrad (DSCR) im abgelaufenen Geschäftsjahr (d.h. das realisierte Ergebnis (EBIDA abzüglich Steuern) in einem Geschäftsjahr geteilt durch alle in diesem Zeitraum fälligen Zins- und Tilgungszahlungen) und der erwartete DSCR des nächsten Geschäftsjahres 1,20x oder mehr beträgt.
7. Der Projekträger nimmt zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, dass während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ein Schuldendienstrücklagenkonto (DSRA) in Höhe von 120.000 Euro geführt werden muss und dass die Mittel auf diesem DSRA zur Befriedigung der Anleger verwendet werden, sobald der Projekträger in Zahlungsverzug gerät. Falls ein Teil oder das gesamte DSRA zur Befriedigung der Anleger verwendet wurde, wird das DSRA mit dem Cashflow aus dem Betrieb des Batterie-Energiespeichersystems (BESS-Projekt) aufgefüllt, das in Wehr (Baden-Württemberg), Deutschland, errichtet werden soll. Klarstellend wird hiermit festgehalten, dass die Cashflow-Wasserfall-Prioritätsreihenfolge für Zahlungen wie folgt sein wird:
 - a) projektbezogene Betriebskosten und Steuern;
 - b) Schuldendienst- und Finanzierungskosten für den vorrangigen Gläubiger;
 - c) Reserve-Konto für den vorrangigen Gläubiger;
 - d) Schuldendienst für die Anleger;
 - e) DSRA für die Anleger;
 - f) Verteilung an Gesellschafter.
8. Invesdor Collect GmbH, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter HRB 220395 B („**Invesdor Collect**“) hat während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen jederzeit das Recht, einen Nachweis darüber zu verlangen, dass das DSRA noch auf dem Bankkonto des Projekträgers verfügbar ist.
9. Solange die Anleger eine Forderung aus den Schuldverschreibungen haben, darf der Projekträger ohne vorherige schriftliche Zustimmung von Invesdor Collect (wobei diese Zustimmung bestimmten Bedingungen unterliegen kann) keine Darlehen, Finanzierungen oder sonstigen Finanzierungsverpflichtungen eingehen, ändern, erhöhen und/oder zurückzahlen, mit Ausnahme der Kreditvereinbarung mit dem vorrangigen Gläubiger. Die Kreditfazilität des vorrangigen Gläubigers kann von Zeit zu Zeit nur mit vorheriger Zustimmung von Invesdor Collect erhöht, geändert, ergänzt oder refinanziert werden.
10. Die im Rahmen der Emission der Schuldverschreibungen insgesamt aufgenommenen Mittel dürfen vom Projekträger ausschließlich für den Bau des BESS-Projekts in Wehr (Baden-Württemberg), Deutschland, verwendet werden. Darüber hinaus dürfen die im Rahmen des Projekts erhaltenen Gesamtmittel zur Tilgung von etwaigen Gebühren, welche seitens der Invesdor INV AG, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Charlottenburg unter der Registernummer: HRB 165539 B, und der Oneplanetcrowd

International B.V., eingetragen bei der niederländischen Handelskammer unter der Nummer 61093904 („OPC“) im Zusammenhang mit der Organisation des Finanzierungsprojekts und der Erbringung von Dienstleistungen für das Finanzierungsprojekt, verwendet werden. Eine anderweitige Verwendung ist dem Projektträger nicht gestattet.

11. Im Falle der Erklärung eines Solvenzvorbehalts verpflichtet sich der Projektträger gegenüber Invesdor Collect schriftlich zu erklären, weshalb die Geltendmachung der Ansprüche aus den Schuldverschreibungen einen Insolvenzgrund beim Projektträger herbeiführen würde. Sofern die Geltendmachung den Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit herbeiführen würde, hat der Projektträger eine aktuelle Liquiditätsbilanz und einen dynamischen Finanzplan – jeweils von einem Steuerberater unterschrieben - an die Invesdor Collect zu übersenden. Würde die Geltendmachung den Insolvenzgrund der Überschuldung herbeiführen, hat der Projektträger eine aktuelle Aufstellung eines Überschuldungsstatus (stichtagsbezogener Status, in dem die Aktiva und Passiva des Unternehmens zu Liquiditätswerten gegenübergestellt werden) sowie eine Fortbestehungsprognose (zukünftige Kostendeckungsrechnung, aus der sich ergibt, ob die Gesellschaft des Projektträgers im Prognosezeitraum dauernd im Stande ist, ihre fälligen Verbindlichkeiten zu erfüllen) – jeweils von einem Steuerberater unterschrieben – an die Invesdor Collect zu übersenden. Die vorbenannten Unterlagen hat der Projektträger spätestens innerhalb von 14 Kalendertagen gerechnet ab dem jeweiligen Fälligkeitstermin an die Invesdor Collect zu übersenden. Solange die Gründe für den Solvenzvorbehalt weiter gegeben sind, hat der Projektträger jeweils vierteljährlich ab Erklärung des Solvenzvorbehalts die vorbenannten Unterlagen in gleicher Form an die Invesdor Collect zu übersenden. Sofern die Voraussetzungen für den Solvenzvorbehalt nicht mehr gegeben sein sollten, hat der Projektträger dies der Invesdor Collect unverzüglich schriftlich mitzuteilen und die rückständigen Raten unverzüglich zu zahlen. Im Rahmen der in § 6 erteilten Vollmacht wird die Invesdor Collect die vorbenannten Unterlagen auf Plausibilität überprüfen und die Anleihegläubiger einheitlich über den etwaigen Solvenzvorbehalt informieren.

§ 4 Kündigung, Übertragung

1. Ein ordentliches Kündigungsrecht für den Anleger besteht während der Laufzeit der Teilschuldverschreibung nicht.
2. Dem Projektträger steht während der Laufzeit der Teilschuldverschreibung ein ordentliches Kündigungsrecht zu einem Zinsfälligkeitstermin (im Folgenden „**vorzeitige Kündigung**“ oder „**vorzeitige Rückzahlung**“) zu. Eine vorzeitige Rückzahlung des gesamten noch nicht zurückgezahlten Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum jeweiligen Zinsfälligkeitstermin aufgelaufener - noch nicht gezahlter - Verzinsung durch den Projektträger ist nur zulässig, sofern (i) der vorrangige Gläubiger seine schriftliche Zustimmung erteilt hat, (ii) die vorzeitige Kündigung seitens des Projektträgers mindestens dreißig (30) Kalendertage vor dem jeweiligen Zinsfälligkeitstermin schriftlich bei Invesdor Collect angekündigt wurde und (iii) der Projektträger eine Entschädigung in Höhe der folgenden Summe zahlt: die Zinsen auf den gesamten vorzeitig zurückgezahlten Nennbetrag der Teilschuldverschreibungen über die Anzahl der verbleibenden Monate mit einem Maximum von zwölf (12) Monaten. Die Entschädigung ist gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung zu leisten. Invesdor Collect oder ein von Invesdor Collect zu benennender Dritter erhält 1/3 der Entschädigungszahlung und die Anleger erhalten 2/3 der Entschädigungszahlung. Der Anleger erklärt sich damit einverstanden, dass der Teil der Entschädigungszahlung, welchen Invesdor Collect oder ein von Invesdor Collect zu benennender Dritter erhält, vom Projektträger von den Zahlungen an die Anleger direkt in Abzug gebracht wird. Der Projektträger zahlt außerdem an Invesdor Collect oder einen von ihr zu benennenden Dritten eine einmalige Verwaltungsgebühr in Höhe von 3.000 Euro für die Abwicklung.
3. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann die Schuldverschreibung durch Erklärung in Textform gegenüber der anderen Partei fristlos gekündigt werden. Soweit der Zeichnungsbetrag zum Zeitpunkt der Kündigung noch nicht oder nicht voll ausgezahlt worden ist, wird der Anleger mit Zugang der Kündigungserklärung von seiner Verpflichtung zur Zahlung des Zeichnungsbetrages frei. Ein Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund für den Anleger liegt zum Beispiel vor, wenn eins der nachfolgend beschriebenen Ereignisse (nachfolgend jedes einzeln „**Verwertungsfall**“ genannt) eintritt:
 - a) der Projektträger eine Zahlungsverpflichtung aus den Schuldverschreibungen nicht innerhalb von 90 Tagen nach Fälligkeit erfüllt; oder
 - b) Invesdor Collect es als unwahrscheinlich ansieht, dass der Projektträger seine Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen in voller Höhe leisten wird (insbesondere, wenn der Projektträger seine Zahlungsunfähigkeit allgemein bekannt gibt oder seine Zahlungen allgemein einstellt); oder
 - c) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Projektträgers eröffnet und nicht innerhalb von 30 Tagen nach der Eröffnung aufgehoben oder ausgesetzt wird oder durch den Projektträger beantragt oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird oder ein anderweitiges förmliches Sanierungs- oder Restrukturierungsverfahren seitens des Projektträgers durchgeführt wird.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund werden der ausgezahlte und noch nicht zurückgezahlte Nennbetrag der Teilschuldverschreibung sowie sämtliche bis dahin aufgelaufene, noch nicht gezahlte Zinsen zur Zahlung an den Anleger fällig. Der jeweilige Anleger erhält den – noch nicht zurückgezahlten – Nennbetrag der Teilschuldverschreibung nebst bis dahin aufgelaufener – noch nicht gezahlter - Verzinsung unverzüglich zurück. Der kündigende Anleger ist verpflichtet, dem Projektträger sämtliche ihm gehörenden Teilschuldverschreibungen zu übertragen. Der Projektträger wird dem Anleger nach Eingang einer berechtigten Kündigung unmittelbar eine zum Übertrag zu verwendende Adresse (Public Key) mitteilen. Das Kündigungsrecht erlischt, falls der Kündigungsgrund vor Ausübung des Rechts geheilt wurde.

4. Jeder Anleihegläubiger, der seine Schuldverschreibungen an einen Dritten übertragen möchte, muss dies der OPC im November eines jeden Jahres, erstmals zulässig im Jahr 2026, mitteilen. Die Frist bis zur ersten Handelbarkeit kann mit schriftlicher Zustimmung seitens OPC verlängert werden. Die Anleihegläubiger werden über eine solche Entscheidung informiert. Im Falle einer Übertragung muss der jeweils übertragende Anleger bzw. Anleihegläubiger nachweisen, dass die Übertragung nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften stattgefunden hat. Der Preis wird in gegenseitigem Einvernehmen zwischen dem übertragenden und dem übernehmenden Anleihegläubiger festgelegt. Die Schuldverschreibungen können nur an zukünftige Anleihegläubiger übertragen werden, die ihren Sitz oder Wohnsitz in einem EU-Mitgliedsstaat haben. Zukünftige Anleihegläubiger, die die Schuldverschreibungen durch Übertragung erwerben, haben dem Projektträger ihre Bankverbindung mitzuteilen und auf der Plattform der Abwicklungspartnerin ein Anlegerkonto zu eröffnen, um Zahlungen und Informationen hinsichtlich der Zahlungsüberwachung durch die Abwicklungspartnerin erhalten zu können. Zu diesem Zweck müssen sich zukünftige Anleihegläubiger durch die Abwicklungspartnerin identifizieren lassen, soweit nicht anderweitig eine Identifizierung durch Dritte stattgefunden hat und der Abwicklungspartnerin oder dem Projektträger die erforderlichen Angaben bekannt sind. Können zukünftige Anleihegläubiger nicht identifiziert werden, sind Zahlungsansprüche gegenüber dem Projektträger – unabhängig von der Kenntnis des jeweiligen zukünftigen Anleihegläubigers – spätestens fünf Jahre nach dem jeweiligen Fälligkeitstag nicht mehr durchsetzbar, wenn nicht zuvor bereits die Ansprüche nach den gesetzlichen Regelungen verjährt sind.

Im Übrigen gilt im Falle der Übertragung Folgendes:

- a) Die Übertragung der Teilschuldverschreibungen erfolgt auf Weisung des jeweiligen übertragenden Anleihegläubigers, den Empfänger als neuen Anleihegläubiger und somit als Inhaber in das E-Wertpapierregister mit seiner Kennung einzutragen. Als Kennung dient der Public Key („**Öffentlicher Schlüssel**“) des Digitalen Schließfachs des Anleihegläubigers. Für eine Eintragung in das E-Wertpapierregister ist der zukünftige Anleihegläubiger gemäß diesen Emissionsbedingungen durch den Projektträger in geeigneter Form zu identifizieren.
- b) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, Übertragungen von Schuldverschreibungen technisch dahingehend zu beschränken, dass Übertragungen nur an bei dem Projektträger bzw. der Registerführenden Stelle registrierte Digitale Schließfächer möglich sind (so genanntes Whitelisting). Aus diesem Grund hat der jeweilige übertragende Anleihegläubiger als aktueller Inhaber vor einer Übertragung den Projektträger und die Registerführende Stelle über die beabsichtigte Übertragung zu informieren.
- c) Eine Übertragung der Schuldverschreibungen außerhalb des E-Wertpapierregisters ist nicht zulässig. Die Gebühren für die Bearbeitung einer Übertragung von Schuldverschreibungen betragen 0,5 % des Kaufpreises der zu übertragenden Schuldverschreibungen, mindestens jedoch 50 Euro. Die Übertragungsgebühr wird dem übertragenden Anleihegläubiger von OPC oder von einem von OPC zu benennenden Dritten in Rechnung gestellt.
- d) Eine Übertragung von Schuldverschreibungen ist nur nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig. Die Schuldverschreibungen dürfen nicht an Staatsbürger der Vereinigten Staaten übertragen werden oder Personen, die in den USA oder Kanada steuerpflichtig sind. Die Schuldverschreibungen dürfen auch nicht an Personen solcher Länder übertragen werden, die auf der aktuellen Länderliste der Hochrisiko- und anderen überwachten Rechtsordnungen der Financial Action Task Force (FATF) geführt werden.
- e) Der Projektträger und die Registerführende Stelle sind berechtigt, die Übertragung technisch zu blockieren („Freezing“), wenn hierfür berechtigte Gründe bestehen (z.B. eine Identifizierung des Übertragenden oder Erwerbers nicht möglich ist oder der Verdacht von Straftaten bzw. anderweitigen Gesetzesverstößen besteht). Der Projektträger bzw. die Registerführende Stelle wird das Freezing unmittelbar beenden, sobald die Gründe nicht mehr bestehen bzw. der Verdacht ausgeräumt ist.

§ 5 Zinszahlungen und Rückzahlungen, Steuern

1. Alle Zahlungen des Projektträgers sind termingerecht in Euro zu leisten. Sollte es durch etwaige Teilzinszahlungen und/oder durch etwaige Sondertilgungen seitens des Projektträgers zu kleineren Zahlungsbeträgen als vorgesehen für die Anleger kommen, so werden die Anleger darauf hingewiesen, dass dies zu Rundungsdifferenzen zu Gunsten oder zu Lasten der Anleger führen kann, wobei die Auszahlung von Beträgen, die weniger als 1 Cent betragen, nicht erfolgt.
2. Sollte die Weiterleitung der Tilgungsraten der Teilschuldverschreibungen sowie die Weiterleitung der Zahlungen des Geldzinses auf das vom Anleger hinterlegte Rückzahlungskonto nicht bzw. nicht mehr möglich sein (z.B. aufgrund falscher oder nicht mehr aktueller Daten), wird der Anleger seitens der Abwicklungspartnerin zwecks Berichtigung der Daten innerhalb von 80 Kalendertagen – gerechnet ab dem Fälligkeitszeitpunkt der weiterzuleitenden Zinszahlungen bzw. Tilgungszahlungen – mindestens zweimal per E-Mail und/oder per Anruf kontaktiert. Sollte nach Ablauf der vorgenannten Frist von 80 Kalendertagen – unter Gewährung einer angemessenen Rückmeldefrist innerhalb der 80 Kalendertage - keine Rückmeldung seitens des Anlegers erfolgen, wird der Zahlungsdienstleister den entsprechenden Rückzahlungsbetrag bzw. Zinsbetrag an den Projektträger zurücküberweisen.
3. Einkünfte (Zinszahlungen bzw. Sachleistungen wie Waren-/Service-Gutscheine) im Zusammenhang mit den Teilschuldverschreibungen sind ohne Einbehalt oder Abzug von gegenwärtig oder zukünftig vorgeschriebenen Steuern, d.h. Steuern, Abgaben und behördlichen Gebühren oder Fristsetzungen gleich welcher Art, die von oder in dem jeweiligen Staat, in welchem der Projektträger seinen Sitz hat, oder einer seiner Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, zu leisten, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben. Der Projektträger ist im Hinblick auf einen solchen Abzug oder Einbehalt nicht zu zusätzlichen Zahlungen an die Anleger verpflichtet.

§ 6 Funktionen, Vollmachten

1. Aufgrund der Bündelung zahlreicher paralleler Teilschuldverschreibungen hat eine Vielzahl von Anlegern gleichartige Rechtspositionen gegenüber dem Projektträger. Vor diesem Hintergrund beauftragt jeder Anleihegläubiger und bevollmächtigt hiermit Invesdor Collect unwiderruflich und unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) mit der Verwaltung der Teilschuldverschreibungen.

Diese Verwaltungsvollmacht umfasst insbesondere:

- a) Vollmacht zur Organisation des Einzuges von Zins und Tilgung gemäß diesen Emissionsbedingungen (zur Klarstellung: Invesdor Collect nimmt keine Zahlungen vom Projektträger zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger entgegen, sondern der Projektträger zahlt vielmehr direkt an den betreffenden Anleihegläubiger unter Einschaltung des Zahlungsdienstleisters);
- b) Vollmacht zum Übersenden von automatisierten Zahlungserinnerungen vor und nach Fälligkeit sowie zur Erklärung von sonstigen Mahnungen und Fristsetzungen gegenüber dem Projektträger;
- c) Vollmacht zur Entgegennahme von Erklärungen des Projektträgers (z.B. Kündigungserklärungen) oder anderer Personen als Empfangsvertreter der Anleihegläubiger;
- d) Vollmacht Kündigungsrechte der Anleihegläubiger auszuüben und entsprechende Kündigungserklärungen gegenüber dem Projektträger abzugeben, bei Eintreten eines Verwertungsfalles im Interesse der Anleihegläubiger über die Vornahme von Verwertungsmaßnahmen aller Art (soweit diese Maßnahmen/Handlungen seitens Invesdor Collect rechtlich erbracht werden dürfen), insbesondere Vergleiche, Mahnverfahren, Klagen, Insolvenzanträge, Geltendmachung von etwaigen Bürgschafts- oder Garantieforderungen der Anleihegläubiger, und Verkäufe der Forderung aus diesen Emissionsbedingungen zu entscheiden, die im billigen Ermessen von Invesdor Collect am besten geeignet erscheinen, um einen möglichst hohen Verwertungserlös für die Anleihegläubiger zu erzielen, sowie diese Maßnahmen im Namen der Anleihegläubiger durchzuführen, wobei Invesdor Collect auch hinsichtlich der Reihenfolge der Verwertung billiges Ermessen (§ 315 BGB) zusteht. Soweit dies nicht untrüglich ist, wird Invesdor Collect die Verwertung mit angemessener Frist androhen. Invesdor Collect im Zusammenhang vorstehender Maßnahmen/Handlungen entstehende Kosten und/oder etwaige angemessene Gebühren werden von dem Verwertungserlös in Abzug gebracht.

- e) Vollmacht zur Übermittlung von Informationen und Unterlagen für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen an die gemäß nachstehenden § 6 Ziffer 3 bevollmächtigte Rechtsanwaltskanzlei (soweit diese die Informationen als erforderlich ansieht), zur Koordinierung dieser Tätigkeiten (zur Klarstellung: durch diese Koordinierungstätigkeiten wird das Mandat an die Rechtsanwaltskanzlei zur eigenständigen Interessenwahrnehmung im eigenen Ermessen nicht beeinträchtigt; Invesdor Collect ist im Rahmen der ihr erteilten Vollmachten zum Abschluss einer entsprechenden Vergütungsvereinbarung im Namen der Anleihegläubiger zu marktüblichen Konditionen auf der Basis des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes befugt; soweit jedoch hierdurch Vergütungspflichten der Anleihegläubiger entstehen, die nicht von den erzielten Erlösen einbehalten werden können, sondern durch Zahlung der Anleihegläubiger zu begleichen sind, erfordert der Abschluss einer entsprechenden Vergütungsvereinbarung die gesonderte Zustimmung der betreffenden Anleihegläubiger;
 - f) Vollmacht zum Abschluss einer Rangrücktrittsvereinbarung mit dem vorrangigen Gläubiger im Namen des Anleihegläubigers;
 - g) Vollmacht zur Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen (Zustellungsbevollmächtigung) in Deutschland (Sitz des Projektträgers);
 - h) Übernahme der Treuhänderstellung gemäß § 6 Ziffer 6.
2. Im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect wird die unter § 6 Ziffer 1 genannte Vollmacht von jedem Anleihegläubiger in vollem Umfang der Stichting Custodian Agent OPC, eingetragen im niederländischen Handelsregister unter der Registernummer: 63904179 (nachfolgend „**Stichting Custodian**“), erteilt.
3. Jeder Anleihegläubiger bevollmächtigt und ermächtigt Taylor Wessing Partnerschaftsgesellschaft mbB, Isartorplatz 8, D-80331 München (nachfolgend „**Taylor Wessing**“) für den Fall, dass die unter den vorstehende Regelungen Bevollmächtigten die Handlungen/Maßnahmen rechtlich nicht ausführen dürfen oder können, eigenständig die in § 6 Ziffer 1 genannten Handlungen vorzunehmen, unter Befreiung von § 181 BGB und unter Einräumung billigen Ermessens (§ 315 BGB). Des Weiteren bevollmächtigt und ermächtigt jeder Anleihegläubiger Taylor Wessing unter Befreiung von § 181 BGB und unter Einräumung von billigem Ermessen (§ 315 BGB) dazu, Kündigungsrechte der Anleihegläubiger auszuüben und entsprechende Kündigungserklärungen gegenüber dem Projektträger nach rechtsanwaltlicher Prüfung abzugeben, bei Eintreten eines Verwertungsfalles im Interesse der Anleihegläubiger über die Vornahme von Verwertungsmaßnahmen aller Art, insbesondere Vergleiche, Mahnverfahren, Klagen, Insolvenzanträge, Geltendmachung von etwaigen Bürgschafts- oder Garantieforderungen der Anleihegläubiger, und Verkäufe der Forderung aus diesen Emissionsbedingungen zu entscheiden, die im billigen Ermessen von Taylor Wessing am besten geeignet erscheinen, um einen möglichst hohen Verwertungserlös für die Anleihegläubiger zu erzielen, sowie diese Maßnahmen im Namen der Anleihegläubiger durchzuführen, wobei Taylor Wessing auch hinsichtlich der Reihenfolge der Verwertung billiges Ermessen (§ 315 BGB) zusteht. Soweit dies nicht untnlich ist, wird Taylor Wessing die Verwertung mit angemessener Frist androhen. Die Anleihegläubiger nehmen hiermit zur Kenntnis, dass Taylor Wessing das Tätigwerden von der Leistung eines angemessenen Vorschusses für Gebühren und Auslagen abhängig machen kann. Jeder Anleihegläubiger bevollmächtigt Taylor Wessing, soweit aus Sicht von Taylor Wessing zweckmäßig, Invesdor Collect als Erklärungsbogen gegenüber Dritten einzusetzen.
4. Jeder Anleihegläubiger verpflichtet sich, seine aus den Emissionsbedingungen folgenden Rechte gegen den Projektträger nur gebündelt durch die gemäß diesem § 6 Bevollmächtigten ausüben zu lassen und hierfür gegebenenfalls noch erforderliche Erklärungen auf Verlangen der gemäß diesem § 6 Bevollmächtigten abzugeben.
5. Die vorstehenden Vollmachten sind unwiderruflich, ausgenommen im Falle des Vorliegens eines wichtigen Grundes. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor im Falle der Insolvenz des zuletzt Bevollmächtigten (Taylor Wessing) oder bei einer nach Abmahnung durch den Anleihegläubiger fortgesetzten Pflichtwidrigkeit hinsichtlich der Ausübung oder Nichtausübung der Vollmachten gemäß dieses § 6. Im Falle des Widerrufs der vorstehenden Vollmachten aus wichtigem Grund verpflichtet sich der Anleihegläubiger im Sinne eines echten Vertrages zu Gunsten Dritter (nämlich zu Gunsten aller anderen Anleihegläubiger), die Forderungen nur einheitlich zusammen mit den anderen Anleihegläubigern geltend zu machen und entsprechende Rechte nur einheitlich zusammen auszuüben.
6. Jeder Anleihegläubiger tritt hiermit die Forderungen aus seiner Teilschuldverschreibungen gegen den Projektträger inklusive aller Nebenforderungen und (Neben)- Rechte unter der in nachfolgendem Satz geregelten aufschiebenden Bedingung an Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect an Stichting Custodian ab und Invesdor Collect bzw. im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect Stichting Custodian nimmt diese Abtretung an (treuhänderische

Abtretung zum Zwecke der Einziehung). Die vorstehende Abtretung steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass einer der vorstehend benannten Bevollmächtigten in Ausübung der in § 6 Ziffer 1-3 benannten Vollmachten die Entscheidung fällt, für Rechnung der Anleihegläubiger gegen den Projektträger Klage zu erheben, das Mahnverfahren einzuleiten oder vergleichbare Maßnahmen im Rahmen der Durchsetzung oder Verwertung der Ansprüche der Anleihegläubiger vorzunehmen. Der jeweilige Bevollmächtigte wird die Anleihegläubiger im Falle des Eintrittes dieser aufschiebenden Bedingung hierüber informieren. Diese treuhänderische Abtretung erfolgt unentgeltlich ausschließlich zur organisatorischen und prozessökonomischen Bündelung der Ansprüche der Anleihegläubiger.

7. Der Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect der Stichting Custodian wird vom Anleger die jederzeit ausübbare Option eingeräumt, vom Anleger die Übertragung seiner Teilschuldverschreibungen Zug um Zug gegen Zahlung des gesamten bei Ausübung der Option noch ausstehenden Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum Zeitpunkt der Optionsausübung angefallenen – noch nicht gezahlten - Zinsen sowie einer entsprechend § 4 Ziffer 2 zu zahlenden Vorfälligkeitsentschädigung (wobei die Ausübung der Option einer vorzeitigen Kündigung durch den Projektträger gleichsteht), zu verlangen. Zu diesem Zweck bietet der Anleger hiermit der Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect der Stichting Custodian sämtliche Ansprüche aus seinen Teilschuldverschreibungen zum Kauf und zur Abtretung an. Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect Stichting Custodian können dieses Angebot jederzeit durch Erklärung in Textform (z.B. E-Mail) annehmen. Die Abtretung steht unter der aufschiebenden Bedingung der Zahlung des gesamten bei Ausübung der Option noch ausstehenden Nennbetrages der Teilschuldverschreibungen nebst bis zum Zeitpunkt der Optionsausübung angefallenen – noch nicht gezahlten - Zinsen sowie der entsprechend § 4 Ziffer 2 zu zahlenden Vorfälligkeitsentschädigung. Der Anleger erklärt hiermit bereits seine Zustimmung. Der Anleger ist im Fall der Optionsausübung verpflichtet, der Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect der Stichting Custodian sämtliche ihm gehörenden Teilschuldverschreibungen zu übertragen. Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect Stichting Custodian wird dem Anleger in diesem Fall eine zum Übertrag zu verwendende Adresse (Public Key) mitteilen.
8. Der Projektträger verpflichtet sich, Informationen, Willenserklärungen, geschäftsähnliche Handlungen und/oder sonstige Kommunikation ausschließlich über Invesdor Collect an den Anleihegläubiger heranzutragen.

§ 7 Niederlegung der Emissionsbedingungen

1. Für die Niederlegung der Emissionsbedingungen als beständiges elektronisches Dokument hat die Registerführende Stelle die Informationen nachweisbar derart zu speichern, dass die jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass die Integrität und Authentizität der gespeicherten Informationen auch langfristig sichergestellt und jederzeit überprüfbar sind.
2. Die Registerführende Stelle wird die Emissionsbedingungen jederzeit im Internet frei zugänglich und über gängige Verfahren leicht auffindbar zur Verfügung zu stellen.
3. Änderungen des Zugangs zu den Emissionsbedingungen werden rechtzeitig und in geeigneter Weise bekannt gemacht.

§ 8 Änderung der Emissionsbedingungen / Wechsel des E-Wertpapierregisters / Gemeinsamer Vertreter

1. Die Registerführende Stelle stellt sicher, dass ohne Zustimmung der Anleihegläubiger nur Änderungen an den niedergelegten Emissionsbedingungen auf folgenden Grundlagen erfolgen, soweit es sich nicht um offensichtliche Unrichtigkeiten handelt:
 - a) durch Gesetz,
 - b) auf Grund eines Gesetzes,
 - c) auf Grund eines Rechtsgeschäfts
 - d) auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung oder
 - e) auf Grund eines vollstreckbaren Verwaltungsakts.
2. Die Emissionsbedingungen können durch den Projektträger mit Zustimmung der Anleihegläubiger aufgrund Mehrheitsbeschlusses nach Maßgabe von § 5 SchVG geändert werden. Dasselbe gilt für den Wechsel des Wertpapierregisters gemäß § 22 eWpG. Für das Abstimmungsverfahren gelten die Bestimmungen des Abschnittes 2 (Beschlüsse der Anleihegläubiger) des deutschen Gesetzes über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen (SchVG) in seiner jeweils gültigen Fassung, soweit nicht nachfolgend abweichendes geregelt wird. Die Anleihegläubiger

beschließen mit der einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der niedergelegten Emissionsbedingungen, insbesondere in den Fällen des § 5 Abs. 3 Nummern 1 bis 9 SchVG, geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer Mehrheit von mindestens 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte.

3. Die Beschlüsse werden nur im Wege der Abstimmung ohne Versammlung gemäß § 18 SchVG durchgeführt. An den Abstimmungen der Anleihegläubiger nimmt jeder Anleihegläubiger nach Maßgabe des Nennwertes oder rechnerischen Anteils seiner Berechtigung aus den ausstehenden Schuldverschreibungen teil. Die Abstimmung wird vom Abstimmungsleiter geleitet. Abstimmungsleiter ist der gemeinsame Vertreter der Anleihegläubiger, wenn er zu der Abstimmung aufgefordert hat, oder eine vom Gericht bestimmte Person. § 9 Absatz 2 Satz 2 SchVG ist entsprechend anwendbar.
4. Die Aufforderung zu einer Abstimmung erfolgt durch den Abstimmungsleiter unter Einbindung der Registerführenden Stelle. Die Aufforderung zur Stimmabgabe durch den Abstimmungsleiter regelt die weiteren Einzelheiten der Beschlussfassung und der Abstimmung. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt per E-Mail an den jeweiligen Anleihegläubiger an die von diesem zuletzt bekannt gegebene E-Mail-Adresse. Mit der Aufforderung zur Stimmabgabe werden die Beschlussgegenstände, die Vorschläge zur Beschlussfassung und das Abstimmungsprocedere den Anleihegläubigern bekanntgegeben. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt mindestens 14 Kalendertage vor dem Beginn des Abstimmungszeitraums. Abweichend von § 12 Abs. 2 SchVG und § 17 SchVG erfolgt keine öffentliche Bekanntmachung der Einberufung und/oder der Beschlüsse im Bundesanzeiger. Der Abstimmungsleiter erstellt eine Niederschrift über die gefassten Beschlüsse. Die Beschlüsse werden den jeweiligen Anleihegläubigern elektronisch bekanntgegeben.
5. Zum gemeinsamen Vertreter für alle Anleihegläubiger („**gemeinsamer Vertreter**“) wird Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect Stichting Custodian nach Maßgabe des § 7 SchVG bestellt, wobei Invesdor Collect und im Falle der Insolvenz der Invesdor Collect Stichting Custodian berechtigt sind, jederzeit eine dritte von diesen zu benennende Person für diese Funktion einzusetzen. Der gemeinsame Vertreter hat die Aufgaben und Befugnisse, welche ihm durch Gesetz oder von den Anleihegläubigern durch Mehrheitsbeschluss eingeräumt wurden. Er hat die Weisungen der Anleihegläubiger zu befolgen. Soweit er zur Geltendmachung von Rechten der Anleihegläubiger ermächtigt ist, sind die einzelnen Anleihegläubiger zur selbständigen Geltendmachung dieser Rechte nicht befugt, es sei denn, der Mehrheitsbeschluss sieht dies ausdrücklich vor. Über seine Tätigkeit hat der gemeinsame Vertreter den Anleihegläubigern zu berichten. Kosten und Aufwendungen trägt gemäß § 7 Abs. 6 SchVG der Projektträger.
6. Änderungen des Inhalts der Emissionsbedingungen nach vorstehenden Maßgaben werden erst durch Niederlegung bei der Registerführenden Stelle wirksam (§ 5 eWpG). In den geänderten Emissionsbedingungen müssen die Änderungen nachvollziehbar sein. Hierfür werden die verschiedenen Versionen fortlaufend nummeriert und zeitlich protokolliert nachweisbar derart gespeichert, dass sie jederzeit unverändert wiedergegeben werden können. Beschlüsse der Gläubigerversammlung, durch die der Inhalt der Emissionsbedingungen abgeändert oder ergänzt wird, sind in der Weise zu vollziehen, dass die bei der Registerführenden Stelle zugänglichen Emissionsbedingungen, auf die die Eintragung im E-Wertpapierregister Bezug nimmt, ergänzt oder geändert werden. Tag und Uhrzeit der Änderung oder Ergänzung sind anzugeben. Der Abstimmungsleiter hat dazu den in der Niederschrift dokumentierten Beschlussinhalt an die Registerführende Stelle zu übermitteln mit dem Ersuchen, die eingereichten Dokumente den vorhandenen Dokumenten in geeigneter Form beizufügen. Er hat gegenüber der Registerführenden Stelle zu versichern, dass der Beschluss vollzogen werden darf.

§ 9 Technische Änderungen

Der Projektträger ist berechtigt, die technischen Modalitäten der Zahlung oder andere ähnliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger zu ändern, sofern solche Änderungen die wirtschaftliche Situation der Anleihegläubiger nicht verschlechtern.

§ 10 Schlussbestimmungen

1. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen und alle sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und des Projektträgers unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Es gilt deutsches Rechtsverständnis.
2. Im Falle des Todes eines Anleihegläubigers gehen die Schuldverschreibungen auf seine Erben über. Bei mehreren Erben haben diese einen gemeinsamen bevollmächtigten Vertreter gegenüber dem Projektträger zur Ausübung der Rechte aus den Schuldverschreibungen zu benennen. Der bzw. die Erben sind verpflichtet, sich gegenüber dem Projektträger als Erben unverzüglich nach dem Erbfall durch Vorlage eines Erbscheins oder eines Erbnachweises entsprechend § 35 Grundbuchordnung (GBO) in der jeweils geltenden Fassung oder eines damit vergleichbaren ausländischen

Erbnachweises zu legitimieren. Die Kosten für die Beibringung des Erbnachweises trägt der Rechtsnachfolger. Bis zur Legitimierung des bzw. der Erben und der Benennung eines gemeinsamen Vertreters bei mehreren Erben ruhen die Rechte aus den Schuldverschreibungen und Zahlungen finden nicht statt.

Issue Terms

Bond 8Energies Wehr GmbH
Offer identifier: 7245004TQQPAFPS6G78200010269
ISIN: DE000A460E13

§ 1 General Provisions, qualified subordination with an indefinite pre-insolvency enforcement bar on claims by the Senior Creditor

1. The bonds issued by 8Energies Wehr GmbH with its registered office in Germany ("Project Owner") in an aggregate principal amount of up to € 1,220,000 are divided into up to 4,880 bearer bonds with equal rights and a principal amount of € 250 each ("Bond" or "Bonds"). The Bonds constitute direct, unconditional and unsecured obligations of the Project Owner, which rank pari passu among themselves and are qualified subordinated to any current or future debt financing from a bank ("Senior Creditor"). This means, amongst others, that the Bonds shall be qualified subordinated to any claims of the Senior Creditor against the Project Owner in relation to any debt financing provided or to be provided to the Project Owner and that an indefinite pre-insolvency enforcement bar shall apply as follows with regard to the claims of the Senior Creditor: **The Bondholders undertake not to assert their qualified subordinated claims as long as and to the extent that the satisfaction of these claims would give rise to a reason for the opening of insolvency proceedings with respect to the assets of the Project Owner, i.e. would lead to an insolvency of the Project Owner within the meaning of § 17 of the German Insolvency Code (Insolvenzordnung) or an over-indebtedness of the Project Owner within the meaning of § 19 of the German Insolvency Code (Insolvenzordnung) as amended from time to time (solvency reservation).** The pre-insolvency enforcement bar and the agreed qualified subordination may lead to a permanent non-fulfillment of the Bondholders' claims arising from the Bonds. If the Project Owner's poor liquidity or debt situation does not recover, the Bondholders may be prevented from asserting their claims for an unlimited period of time, which would mean a total loss of the capital invested. In addition, in the event of insolvency proceedings relating to the assets of the Project Owner and in the event of liquidation proceedings, the Bondholders hereby subordinate their claims in accordance with sections §§ 19 (2) and 39 (2) of the German Insolvency Code with respect to all current and future claims of the Bondholder under the Bonds - including claims for repayment of the subscribed capital - ("Subordinated Claims") to all claims and demands of the Project Owner's Senior Creditor as defined in § 39 (1) nos. 1 to 5 of the German Insolvency Code. Claims arising from shareholder loans and any claims by shareholders of the Project Owner in connection with the equity held by them in the Project Owner are subordinate to the Bonds and qualified subordinated to the claims of the Senior Creditor. In addition, the payment claims of 8Energies GmbH, registered in the Commercial Register of the Charlottenburg Local Court under HRB 263893 B, regarding the payment of an yearly asset management fee of at least € 40,000 will be subordinated to the Bonds and qualified subordinated to the claims of the Senior Creditor. The pre-insolvency enforcement bar, which is unlimited in time, also applies in the event that the satisfaction of the individual qualified subordinated claims at the end of the term would not by itself give rise to insolvency, but the payment to all qualified subordinated creditors would give rise to insolvency. The nominal value per Bond is 100 %.
2. Bondholders bear an entrepreneurial risk of loss without at the same time being granted information and participation rights that would enable them to influence loss-making business activities. Bondholders bear an entrepreneurial business risk that goes beyond the general insolvency risk that exists anyway. In the event of a payment by the Project Owner in breach of a payment prohibition, the Project Owner shall be entitled to demand repayment of the amount received from the payee and to enforce this in court. The Bondholder does not declare a waiver of his/her claims arising from the Bonds by the above provisions.
3. The Bonds shall be issued as electronic securities ("E-Security/ies") in single entry and shall be registered in an electronic securities register ("E-Securities Register") pursuant to section 16 of the German Electronic Securities Act (eWpG). "E-Securities Register" means a system of records in which the holders of an E-Security are kept. Data in the E-Securities Register shall be logged in chronological order and stored in a manner that is protected against unauthorised deletion and subsequent modification. "E-Security" means a security that is issued by the Project Owner effecting an entry in an E-Securities Register instead of issuing a securities certificate.
4. The Bonds are issued by the Project Owner effecting an entry in the E-Securities Register, which is maintained by the Registrar. The "Registrar" shall be the entity designated as such by the Project Owner

vis-à-vis the Bondholder (hereinafter also referred to as the "**Investor**"). Smart Registry GmbH, registered in the commercial register of the Local Court of Charlottenburg Berlin under register number HRB 234468 B, has been appointed as the Registrar by the Project Owner. The Project Owner shall – with the support of the Registrar – take the necessary technical and organizational measures to ensure the integrity and authenticity of the E-Securities for the entire period for which the E-Security is registered in the E-Securities Register. The Project Owner is authorised to replace the Registrar by another entity which is authorised to keep the E-Securities Register in accordance with Section 16 eWpG.

5. Neither a global certificate nor individual certificates will be issued in respect of the Bonds. The issue of effective Bonds and interest coupons is excluded.
6. Each Bondholder is responsible for the safekeeping of the Bonds in a Digital Safe Deposit Box. The respective custody services are provided by Tangany GmbH, Briener Str. 53, 80333 Munich, Germany, free of charge. "**Digital Safe Deposit Box**" is an IT application used to store public keys and private keys and to interact with the technology, the functionalities of which enable E-Securities to be held and transferred.

§ 2 Interest

1. The Bonds shall bear interest from 01.01.2026 ("**Startdate**") for the entire term at a fixed interest rate of **8 % (percent) per annum** (based on their respective principal amount) ("**Interest Rate**" or "**Interest**"). The Interest shall be paid as a money transfer ("**Cash Interest**").
2. Interest is due for the first time on 30.03.2026 in the pro rata amount for the interest period up to 29.03.2026 and from 30.03.2026 in each case quarterly in arrears (thus on 30.03., 30.06., 30.09. and 30.12. of each year during the term). The interest calculation for all interest payments falling due is based on 30/360.
3. Cash Interest is paid by the Project Owner to the respective Investor, whereby the interest payment owed by the Project Owner is made via the escrow account held by the Project Owner with the payment service provider, to which the Project Owner must transfer interest and principal. Payments received from the escrow account are forwarded by the payment service provider to the Investors on a pro rata basis in accordance with the amount of the interest payment claims to which the Investor is entitled vis-à-vis the Project Owner. The payment service provider requires 10 calendar days to forward the interest payments made by the Project Owner to the respective Investor. The aforementioned period of 10 calendar days is not taken into account when calculating interest.
4. The Project Owner shall act as calculation agent (the "**Calculation Agent**"). The Calculation Agent is exempt from the restrictions of § 181 of the German Civil Code.
5. As paying agents through which the Investors' payments are made with debt-discharging effect, as well as for interest payments and repayments, shall act exclusively payment service providers authorised in the European Union ("**Paying Agent**" or "**Payment Service Provider**").

§ 3 Term, Repayment, Repurchase, Covenants during the term, Purpose of use

1. The term of the Bonds ends on 30.12.2031.
2. The period from the Startdate up to 30.06.2027 is redemption-free. The redemption of the Bonds shall therefore take place after the expiry of 30.06.2027 on the next interest payment date, thus on 30.09.2027. The first redemption payment, which is due on 30.09.2027, and the second redemption payment, which is due on 30.12.2027, will each be in the amount of € 206,111. In addition, a lump sum of € 120,000 will be repaid at the end of the term. After the expiry of 30.12.2027 the remaining principal amount of the Bonds after deduction of the first and the second redemption payment each in the amount of € 206,111, thus altogether € 412,222, and of the bullet lump sum repayment of € 120,000 will be repaid on the next interest payment date in each case on the basis of constant redemption payments in the form of capital instalments, the frequency of which corresponds to the frequency specified under § 2 number 2, for the first time on 30.03.2028. The final redemption payment due on 30.12.2031 shall therefore consist of the last of the aforementioned constant redemption payments in the form of capital instalments and the bullet lump sum repayment of € 120,000.

3. The Bonds are repaid in such a way that the Project Owner makes a payment to the respective Bondholder, whereby the repayment owed by the Project Owner is made via the escrow account held by the Project Owner with the payment service provider, to which the Project Owner has to transfer interest and repayment. Payments received from the escrow account are forwarded by the payment service provider to the Bondholders in proportion to their amount of repayment claims against the Project Owner. 10 calendar days are required for the payment service provider to forward the repayments made by the Project Owner to the respective Bondholder. The aforementioned period of 10 calendar days is not taken into account when calculating interest.
4. The Project Owner and/or any of its affiliates may at any time purchase Bonds in the market or otherwise. The repurchased Bonds may be held, cancelled or resold.
5. The Project Owner shall ensure that, at all times during the term of the Bonds, the Solvency Ratio is not less than fourteen per cent (14%). For the purpose of this Agreement, "Solvency Ratio" means the ratio (expressed as a percentage) of:(a) Equity and/or shareholder loans (i.e. the capital that is subordinated to the Bonds); to (b) Total Assets.
6. As long as the first redemption payment regarding the Bonds as defined under § 3 number 2 has not taken place, the Project Owner will not pay dividends or make other distributions such as repayment of share premium or the repurchase of the Project Owners' shares, in cash or otherwise, and after expiry of the first 24 months of the term of the Bonds only if the debt service coverage ratio (DSCR) in the past financial year (i.e. the realised result (the EBIDA minus taxes) in a financial year divided by all interest and repayment due in that period) and the expected DSCR of the next financial year is 1.20x or higher.
7. The Project Owner acknowledges and agrees that a debt service reserve account (DSRA) in the amount of € 120,000 is to be maintained during the term of the Bonds and that the funds in this DSRA shall be used to satisfy the Investors as soon as the Project Owner is in default of payment. In case part of or the whole DSRA has been used to satisfy the Investors, the DSRA shall be filled with the cash flow from the operation of the battery energy storage system project (BESS project) to be constructed in Wehr (Baden-Württemberg), Germany. For the avoidance of doubt, the cashflow waterfall priority order for payments will be as follows:
 - a) project-related OPEX and taxes;
 - b) debt service & financing costs for the Senior Creditor;
 - c) Reserve account for Senior Creditor;
 - d) debt service for the Investors;
 - e) DSRA for the Investors;
 - f) distribution to shareholders.
8. Invesdor Collect GmbH, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Germany, registered in the Commercial Register of the Charlottenburg Local Court under HRB 220395 B ("**Invesdor Collect**") has at all time during the term of the Bonds the right to ask for proof that the DSRA is still available on the bank account of the Project Owner.
9. As long as the Investors have a claim under the Bonds, the Project Owner shall not, without prior written consent of Invesdor Collect (which consent may be subject to certain conditions), enter into, amend, increase and/or repay any loan, financing or other financing obligations, other than the facility agreement with the Senior Creditor. The credit facility of the Senior Creditor may only be increased, modified, amended or refinanced from time to time with the prior consent of Invesdor Collect.
10. The total funds collected within the scope of the issue of the Bonds may only be used by the Project Owner for the construction of the BESS project in Wehr (Baden-Württemberg), Germany. In addition, the total funds collected as part of the financing project may be used to pay any fees charged by Invesdor INV AG, c/o Mindspace Germany GmbH, Uhlandstraße 32, 10719 Berlin, Germany, registered in the commercial register

of the Charlottenburg Local Court under registration number: HRB 165539 B, and Oneplanetcrowd International B.V., registered with the Dutch Chamber of Commerce under number 61093904 ("OPC") in connection with the organisation of the financing project and the provision of services for the financing project. The Project Owner is not allowed to use the funds for any other purpose.

11. If a solvency reservation ("Solvenzvorbehalt") is declared, the Project Owner undertakes to explain in writing to Invesdor Collect why the assertion of claims from the Bonds would lead to a reason for insolvency ("Insolvenzgrund") on the part of the Project Owner. If the assertion would result in insolvency of the Project Owner due to inability to pay ("Zahlungsunfähigkeit"), the Project Owner must send a current liquidity balance sheet and a dynamic financial plan ("dynamischen Finanzplan") - each signed by a tax advisor – to Invesdor Collect. If the assertion would lead to the insolvency ground of over-indebtedness ("Überschuldung"), the Project Owner must send a current statement of over-indebtedness status ("Überschuldungsstatus"/status as of the reporting date, in which the Project Owner's assets and liabilities are compared to liquidity values) and a forecast of continued existence ("Fortbestehungsprognose"/future cost recovery calculation, which shows whether the Project Owner's company is permanently able to meet its liabilities due in the forecast period) – each signed by a tax advisor – to Invesdor Collect. The Project Owner must send the aforementioned documents to Invesdor Collect within 14 calendar days of the respective due date at the latest. As long as the reasons for the solvency reservation continue to exist, the Project Owner must send the aforementioned documents to Invesdor Collect in the same form on a quarterly basis from the date of the declaration of the solvency reservation. If the conditions for the solvency reservation are no longer met, the Project Owner must inform Invesdor Collect immediately in writing and pay the installments in arrears without delay. Within the scope of the power of attorney granted in § 6, Invesdor Collect will check the plausibility of the aforementioned documents and inform the Bondholders uniformly of any solvency reservation.

§ 4 Termination, Transfer

1. There is no ordinary right of termination for the Investor during the term of the Bonds.
2. During the term of the Bonds, the Project Owner has an ordinary right of termination on an interest due date (hereinafter referred to as "**Early Termination**" or "**Early Repayment**"). Early Repayment by the Project Owner of the entire principal amount of the Bonds not yet repaid, together with interest accrued - but not yet paid - up to the respective interest due date, is only permitted if (i) the Senior Creditor has granted his written approval, (ii) the Project Owner has given written notice of Early Termination to Invesdor Collect at least thirty (30) calendar days before the respective interest due date and (iii) the Project Owner pays compensation in the following amount: the interest on the entire principal amount of the Bonds redeemed early over the number of months remaining with a maximum of twelve (12) months. The compensation is to be paid at the same time as the Early Repayment. Invesdor Collect or a third party to be designated by Invesdor Collect receives 1/3 of the compensation payment and the investors receive 2/3 of the compensation payment. The Investor agrees that the portion of the compensation payment received by Invesdor Collect or a third party to be designated by Invesdor Collect will be deducted directly by the Project Owner from the payments to the Investors. The Project Owner will also pay Invesdor Collect or a third party to be designated by it a one-off administration fee of €3,000 for the settlement.
3. The right of the parties to terminate the contract for good cause remains unaffected. In the event of good cause, the Bond may be terminated without notice by means of a declaration in text form to the other party. If the subscription amount has not yet been paid or has not been paid in full at the time of termination, the Investor shall be released from his obligation to pay the subscription amount upon receipt of the notice of termination. The Investor has the right to terminate the contract for good cause if, for example, if one of the events described below (hereinafter each individually referred to as "**Event of Default**") occurs:
 - a) the Project Owner fails to fulfil a payment obligation arising from the Bonds within 90 days after the due date; or
 - b) Invesdor Collect considers it unlikely that the Project Owner will fulfil its payment obligations arising from the Bonds in full (in particular, if the Project Owner generally announces its insolvency or generally discontinues its payments); or
 - c) insolvency proceedings are opened against the Project Owner's assets and are not terminated or suspended within 30 days after the opening or are applied for by the Project Owner or the opening of

insolvency proceedings is refused for lack of assets or other formal reorganisation or restructuring proceedings are carried out by the Project Owner.

In the event of termination for good cause, the principal amount of the Bond that has been paid out and not yet repaid as well as all interest accrued up to that point and not yet paid will be due for payment to the Investor. The respective Investor shall immediately receive back the principal amount of the Bond - not yet repaid - together with any interest accrued up to that point - not yet paid. The terminating Investor is obliged to transfer all Bonds belonging to him to the Project Owner. Upon receipt of a justified termination, the Project Owner shall immediately notify the Investor of an address (public key) to be used for the transfer. The right of termination shall lapse if the reason for termination was cured before the right was exercised.

4. Any Bondholder who wishes to transfer his/her Bonds to a third party must notify OPC of this in November of each year, for the first time permissible in 2026. This trading period may be extended with the written permission of OPC. The Bondholders will be notified of any such decision. In the event of a transfer, the respective transferring Investor or Bondholder must prove that the transfer has taken place in accordance with the applicable statutory provisions. The price shall be determined by mutual agreement between the transferring and the acquiring Bondholder. The Bonds may only be transferred to future Bondholders who are domiciled or resident in an EU member state. Future Bondholders who acquire the Bonds by transfer shall provide the Project Owner with their bank details and open an investor account on the platform of the settlement partner in order to receive payments and information regarding payment monitoring by the settlement partner. For this purpose, future Bondholders must be identified by the Settlement Partner, unless they have otherwise been identified by third parties and the required information is known to the settlement partner or the Project Owner. If future Bondholders cannot be identified, payment claims against the Project Owner - irrespective of the knowledge of the respective future Bondholder - can no longer be enforced at the latest five years after the respective due date, unless the claims have already become statute-barred beforehand in accordance with the statutory regulations.

In all other respects, the following shall apply in the event of transfer:

- a) The Bonds are transferred based on the instruction of the respective transferring Bondholder to enter the transferee as a new Bondholder and thus as the holder in the E-Securities Register with his/her identifier. The public key of the Bondholder's Digital Safe Deposit Box serves as the identifier. For an entry in the E-Securities Register, the future Bondholder must be identified by the Project Owner in an appropriate form in accordance with these Issue Terms.
- b) The Project Owner and the Registrar are authorised to technically restrict transfers of Bonds to the effect that transfers are only possible to Digital Safe Deposit Boxes registered with the Project Owner or the Registrar (so-called whitelisting). For this reason, the respective transferring Bondholder as the current holder must inform the Project Owner and the Registrar of the intended transfer prior to a transfer.
- c) A transfer of the Bonds outside the E-Securities Register is not permitted. The fees for processing a transfer of Bonds amount to 0.5% of the purchase price of the Bonds to be transferred, but at least € 50. The transfer fee will be charged to the transferring Bondholder by OPC or by a third party to be designated by OPC.
- d) A transfer of Bonds is only permitted in accordance with the applicable statutory regulations. The Bonds may not be transferred to citizens of the United States or persons who are subject to tax in the United States or Canada. The Bonds may also not be transferred to persons of countries that are included in the current Financial Action Task Force (FATF) country list of high risk and other supervised jurisdictions.
- e) The Project Owner and the Registrar are entitled to technically block the transfer ("freezing") if there are legitimate reasons for doing so (e.g. identification of the transferor or transferee is not possible or there is a suspicion of criminal offences or other breaches of the law). The Project Owner or the Registrar will immediately terminate the freezing as soon as the reasons no longer exist or the suspicion has been dispelled.

§ 5 Interest payments and repayments, taxes

1. All payments by the Project Owner will be made on time in Euro. Should any partial interest payments and/or any unscheduled repayments by the Project Owner result in smaller payment amounts than planned for the Investors, the Investors are advised that this may lead to rounding differences in favour of or to the detriment of the Investors, whereby amounts of less than 1 cent will not be paid out.
2. If the forwarding of the redemption instalments of the Bonds and the forwarding of the interest payments to the bank account deposited by the Investor is not or no longer possible (e.g. due to incorrect or no longer up-to-date data), the Investor will be contacted by the settlement partner at least twice by e-mail and/or by telephone for the purpose of correcting the data within 80 calendar days - calculated from the due date of the interest payments or redemption payments to be forwarded. If no response is received from the Investor after expiry of the aforementioned period of 80 calendar days - with a reasonable period for feedback being granted within the 80 calendar days - the payment service provider will transfer the corresponding repayment amount and/or interest amount back to the Project Owner.
3. Income (interest payments or payments in kind such as goods/service vouchers) in connection with the Bonds shall be received without withholding or deduction of any present or future taxes imposed, i.e. taxes, levies and governmental charges or assessments of whatever nature imposed, levied, collected, withheld or assessed by or in the relevant state in which the Project Owner has its registered office or any of its local authorities or authorities having the power to levy taxes, unless such withholding or deduction is required by law. The Project Owner shall not be liable to make any additional payment to the Investors in respect of any such deduction or withholding.

§ 6 Functions, Powers of Attorney

1. Due to the bundling of numerous parallel Bonds, a large number of Investors have similar legal positions vis-à-vis the Project Owner. Against this background, each Bondholder hereby irrevocably instructs and authorises Invesdor Collect to manage the Bonds at its reasonable discretion (§ 315 of the German Civil Code), releasing it from the restrictions of § 181 of the German Civil Code.

This authorization to manage claims includes in particular:

- a) power of attorney to organise the collection of interest and principal in accordance with these Issue Terms (for the avoidance of doubt: Invesdor Collect will not accept payments from the Project Owner for onward transmission to the Bondholders, but rather the Project Owner will pay directly to the relevant Bondholder with the involvement of the Payment Service Provider);
- b) authorization to send automated payment reminders before and after the due date and to declare other reminders and deadlines to the Project Owner;
- c) authorization to accept declarations from the Project Owner (e.g. termination declarations) or other persons as receiving agent for the Bondholders;
- d) authorization to exercise the Bondholders' termination rights and to submit corresponding termination declarations to the Project Owner, in an Event of Default, to decide on the performance of realisation measures of all kinds in the interest of the Bondholders (insofar as these measures/actions may be legally performed by Invesdor Collect), in particular settlements, dunning procedures, lawsuits, insolvency applications, assertion of any surety or guarantee claims of the Bondholders, and sales of the claim under these Issue Terms, which in the reasonable discretion of Invesdor Collect appear to be the most suitable to achieve the highest possible realisation proceeds for the Bondholders, and to carry out these measures on behalf of the Bondholders, whereby Invesdor Collect is also entitled to reasonable discretion (§ 315 of the German Civil Code) with regard to the order in which the realization measures are initiated. To the extent that this is not impracticable, Invesdor Collect will threaten the initiation of the realisation measures with a reasonable period of notice. Costs incurred by Invesdor Collect in connection with the above-mentioned measures/actions and/or any reasonable fees will be deducted from the proceeds realized.
- e) power of attorney to transmit information and documents for the protection of legal interests to the law firm authorised in accordance with § 6 number 3 below (insofar as the law firm considers the

information to be necessary), to coordinate these activities (for the avoidance of doubt: these coordination activities do not affect the mandate to the law firm to independently represent the interests at its own discretion; Invesdor Collect is authorised to conclude a corresponding remuneration agreement on behalf of the Bondholders at standard market conditions on the basis of the German Lawyers' Fees Act (RVG) within the scope of the powers of attorney granted to it; however, insofar as this results in remuneration obligations of the Bondholders that cannot be retained from the proceeds realized, but must be compensated by payment of the Bondholders, the conclusion of a corresponding remuneration agreement requires the separate consent of the Bondholders concerned;

- f) power of attorney to enter into a Subordination Agreement with the Senior Creditor on behalf of the Bondholder;
 - g) power of attorney to effect and receive service of process (authorization to act as an agent for service of process) in Germany (country, in which the registered office of the Project Owner is located);
 - h) takeover of the position of trustee in accordance with § 6 number 6.
2. In the event of the insolvency of Invesdor Collect, the authorisation referred to in § 6 number 1 is granted in full by each Bondholder to Stichting Custodian Agent OPC, registered in the Dutch Commercial Register under registration number: 63904179 (hereinafter "**Stichting Custodian**").
 3. Each Bondholder authorises and empowers Taylor Wessing Partnerschaftsgesellschaft mbB, Isartorplatz 8, D-80331 Munich (hereinafter "**Taylor Wessing**"), in the event that the authorised representatives under the aforementioned regulations are not legally permitted or able to carry out the actions/measures, to independently perform the actions specified in § 6 number 1, exempting it from § 181 of the German Civil Code (BGB) and granting it equitable discretion (§ 315 BGB). Furthermore, each Bondholder authorises and empowers Taylor Wessing, exempting Taylor Wessing from § 181 BGB and granting it equitable discretion (§ 315 BGB), to exercise the Bondholders' termination rights and to issue corresponding termination declarations to the Project Owner after legal examination, in an Event of Default in the interest of the Bondholders, to take all kinds of realization measures, in particular settlements, dunning procedures, lawsuits, insolvency applications, assertion of any surety or guarantee claims of the Bondholders, and sales of the claim arising from these Issue Terms, which in the equitable discretion of Taylor Wessing appear to be the most suitable to achieve the highest possible realisation proceeds for the Bondholders, and to carry out these measures on behalf of the Bondholders, whereby Taylor Wessing is also entitled to equitable discretion (§ 315 BGB) with regard to the order in which the realization measures are initiated. To the extent that this is not impracticable, Taylor Wessing will threaten the initiation of realization measures with a reasonable period of notice. The Bondholders hereby acknowledge that Taylor Wessing may take action dependent on the payment of a reasonable advance for fees and expenses. Each Bondholder hereby authorises Taylor Wessing to use Invesdor Collect as a messenger to third parties, insofar as Taylor Wessing deems it appropriate.
 4. Each Bondholder undertakes to exercise his/her rights against the Project Owner arising from the Issue Terms only in bundled form through the authorised representatives pursuant to this § 6 and to make any declarations required for this purpose at the request of the authorised representatives pursuant to this § 6.
 5. The authorisations described above are irrevocable, except in the event of good cause. Good cause shall be deemed to exist in particular in the event of the insolvency of the last authorised representative (Taylor Wessing) or in the event of a continued breach of duty with regard to the exercise or non-exercise of the authorisations pursuant to this § 6 following a warning notice by the Bondholder. In the event of revocation of the authorisations described above for good cause, the Bondholder undertakes, in the sense of a contract in favour of a third party (namely in favour of all other Bondholders), to assert the claims only uniformly together with the other Bondholders and to exercise the corresponding rights only uniformly together with the other Bondholders.
 6. Each Bondholder hereby assigns to Invesdor Collect and, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, to Stichting Custodian the claims arising from its Bonds against the Project Owner, including all ancillary claims and (ancillary) rights, subject to the condition precedent set out in the following sentence, and Invesdor Collect or, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian accept this

assignment (fiduciary assignment for the purpose of collection). The above assignment is subject to the condition precedent that one of the above-mentioned authorised representatives, in exercising the powers of attorney specified in § 6 number 1-3, decides to take legal action against the Project Owner for the account of the Bondholders, to initiate dunning proceedings or to take comparable measures in the context of the enforcement or realisation of the Bondholders' claims. The respective authorised representative will inform the Bondholders in the event that this condition precedent occurs. This fiduciary assignment is made free of charge exclusively for the organisational and procedural economic bundling of the Bondholders' claims.

7. The Investor grants Invesdor Collect and, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian the option, which may be exercised at any time, to demand from the Investor the transfer of his/her Bonds concurrently against payment of the entire principal amount of the Bonds still outstanding at the time the option is exercised, together with interest accrued - but not yet paid - up to the time the option is exercised and a compensation for the Early Repayment to be paid in accordance with § 4 number 2 (whereby the exercise of the option is equivalent to Early Termination by the Project Owner). For this purpose, the Investor hereby offers Invesdor Collect and, in the event of insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian all claims arising from his/her Bonds for purchase and assignment. Invesdor Collect and, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian can accept this offer at any time by declaration in text form (e.g. e-mail). The assignment is subject to the condition precedent of payment of the entire principal amount of the Bonds still outstanding at the time the option is exercised, together with interest accrued - but not yet paid - up to the time the option is exercised and the compensation for the Early Repayment to be paid in accordance with § 4 number 2. The Investor hereby declares his/her consent. If the option is exercised, the Investor is obliged to transfer to Invesdor Collect and, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, to Stichting Custodian all Bonds belonging to the Investor. In this case, Invesdor Collect and, in the event of the insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian will provide the investor with an address (public key) to be used for the transfer.
8. The Project Owner undertakes to provide information, declarations of intent, business-like actions and/or other communication to the Bondholder exclusively via Invesdor Collect.

§ 7 Laying down the Issue Terms

1. For the recording of the Issue Terms as a durable electronic document, the Registrar shall store the information in a verifiable manner in such a way that it can be reproduced unchanged at any time. It shall ensure that the integrity and authenticity of the stored information is also guaranteed in the long term and can be verified at any time.
2. The Registrar shall make the Issue Terms freely available on the internet at all times and in a manner that is easy to find using standard procedures.
3. Any changes to the access to the Issue Terms shall be announced in due time and in an appropriate manner.

§ 8 Amendment of the Issue Terms / Change of the E-Securities Register / Joint Representative

1. The Registrar shall ensure that, without the consent of the Bondholders, amendments are only made to the recorded Issue Terms on the following basis, unless they are manifestly incorrect:
 - a) by law,
 - b) on the basis of a law,
 - c) on the basis of a legal transaction
 - d) on the basis of a court decision or
 - e) on the basis of an enforceable administrative act.
2. The Issue Terms may be amended by the Project Owner with the consent of the Bondholders on the basis of a majority resolution in accordance with § 5 SchVG. The same applies regarding the change of the Crypto Securities Register pursuant to § 22 eWpG. The voting procedure shall be governed by the provisions of Section 2 (Resolutions of the Bondholders) of the German Act on Bonds from Total Issues (Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen - SchVG), as amended from time to time,

unless otherwise provided below. The Bondholders shall pass resolutions by a simple majority of the voting rights participating in the vote. Resolutions amending the material content of the Issue Terms, in particular in the cases of § 5 para. 3 numbers 1 to 9 SchVG, shall require a majority of at least 75% of the voting rights participating in the vote in order to become effective.

3. The resolutions shall be passed only by way of a vote without a meeting pursuant to § 18 SchVG. Each Bondholder shall participate in the voting of the Bondholders in accordance with the nominal value or arithmetical participation of his/her entitlement from the outstanding Bonds. The voting shall be conducted by the voting chairman. The voting chairman shall be the Joint Representative of the Bondholders, if he has called for the vote, or a person appointed by the court. § 9 para. 2 sentence 2 SchVG shall apply accordingly.
4. The call for a vote shall be made by the voting chairman with the involvement of the Registrar. The invitation to vote by the voting chairman shall regulate the further details of the passing of the resolution and the voting. The invitation to vote shall be sent by e-mail to the respective Bondholder at the e-mail address last notified by the Bondholder. With the invitation to vote, the Bondholders shall be informed of the items to be resolved, the proposals for resolutions and the voting procedure. The invitation to vote shall be made at least 14 calendar days before the beginning of the voting period. Notwithstanding § 12 (2) SchVG and § 17 SchVG, no public announcement of the convocation and/or the resolutions shall be made in the German "Bundesanzeiger". The voting chairman shall draw up minutes of the resolutions passed. The resolutions shall be announced to the respective Bondholders by electronic means.
5. Invesdor Collect and, in the event of insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian shall be appointed as Joint Representative for all Bondholders ("**Joint Representative**") in accordance with § 7 SchVG, whereby Invesdor Collect and, in the event of insolvency of Invesdor Collect, Stichting Custodian are entitled to appoint a third person to be named by these for this function at any time. The Joint Representative shall have the duties and powers granted to him by law or by the Bondholders by majority resolution. He shall follow the instructions of the Bondholders. Insofar as he is authorised to assert the rights of the Bondholders, the individual Bondholders are not authorised to assert these rights independently, unless the majority resolution expressly provides for this. The Joint Representative shall report to the Bondholders on his activities. Costs and expenses shall be borne by the Project Owner in accordance with § 7 para. 6 SchVG.
6. Amendments to the content of the Issue Terms in accordance with the above provisions shall only become effective upon filing with the Registrar (§ 5 eWpG). The changes must be traceable in the amended Issue Terms. For this purpose, the various versions shall be consecutively numbered and verifiably stored in a chronological record in such a way that they can be reproduced unchanged at any time. Resolutions of the Bondholders' meeting by which the content of the Issue Terms is amended or supplemented shall be executed in such a way that the Issue Terms to which the entry in the E-Securities Register refers and which are accessible at the Registrar are supplemented or amended. The date and time of the amendment or supplement shall be specified. For this purpose, the voting chairman shall transmit the content of the resolution documented in the minutes to the Registrar with the request to attach the submitted documents to the existing documents in an appropriate form. He shall assure the Registrar that the resolution may be executed.

§ 9 Technical changes

The Project Owner is entitled to change the technical modalities of payment or other similar matters in connection with the Bonds without the consent of the Bondholders, provided that such changes do not worsen the economic situation of the Bondholders.

§ 10 Final provisions

1. The form and content of the Bonds and all rights and obligations of the Bondholders and the Project Owner arising therefrom shall be governed by the laws of the Federal Republic of Germany. German law shall apply.
2. In the event of the death of a Bondholder, the Bonds shall pass to his heirs. If there are several heirs, they must appoint a joint authorised representative vis-à-vis the Project Owner to exercise the rights arising from the Bonds. The heir(s) shall be obliged to prove their identity as heirs to the Project Owner without undue

delay after the succession by submitting a certificate of inheritance or a proof of inheritance in accordance with § 35 of the German Land Register Act (GBO) as amended from time to time or a comparable foreign proof of inheritance. The costs for providing proof of inheritance shall be borne by the legal successor. Until the legitimisation of the heir(s) and the appointment of a joint representative in the case of several heirs, the rights arising from the Bonds shall be suspended and no payments shall be made.